ANTRAG

der Abgeordneten Mag. Scheele, Hundsmüller, Pfister, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Mag. Samwald, Schindele, Schmidt, Mag. Suchan-Mayr, Weninger, Wiesinger und Windholz, MSc

betreffend Erleichterungen im NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz aufgrund der COVID-19 Pandemie

In der derzeitigen Krise aufgrund der COVID-19 Pandemie gilt es nicht nur persönliche Kontakte auf ein absolut notwendiges Minimum herabzusetzen, auch bürokratische Vorgänge müssen auf das Nötigste reduziert werden.

In dieser gerade auch am Arbeitsmarkt kritischen Phase (österreichweit rund 200.000 Arbeitslose mehr seit Mitte März) ist eine Reintegration in den Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit praktisch unmöglich. Zusätzlich haben gerade ärmere bzw. ältere Bevölkerungsschichten oft nur sehr eingeschränkt die Möglichkeit, Anträge auf (Verlängerung der) Sozialhilfe online zu stellen. Gerade die Ärmsten in unserer Gesellschaft müssen wir jedoch besonders schützen.

Aus Rücksichtnahme auf diese Bevölkerungsgruppen und im Hinblick auf die derzeitige Lage am Arbeitsmarkt ist es vorübergehend sozialpolitisch geboten, für die Gruppe der Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfe-EmpfängerInnen Vereinfachungen zu schaffen, um deren Lebensgrundlage in diesen schwierigen Zeiten abzusichern. Dazu gehört etwa auch eine Ablaufhemmung der Mindestsicherungs- bzw. Sozialhilfe-Bezüge für einen bestimmten Zeitraum, wie sie etwa in der Steiermark oder Wien bereits vollzogen werden.

In der derzeitigen Krise werden auch zahlreiche ArbeitnehmerInnen von ihren ArbeitgeberInnen dazu gedrängt, einer einvernehmlichen Auflösung des Arbeitsverhältnisses (zum Teil mit einer Wiedereinstellungszusage nach der Krise verbunden) zuzustimmen. In § 9 Abs. 6 des NÖ-SAG ist jedoch vom Anspruch auf Sozialhilfe für 4 Wochen ausgeschlossen, wer sein Arbeitsverhältnis freiwillig aufgelöst hat, worunter auch die einvernehmliche Auflösung fällt. In der derzeitigen Situation sollte jedoch, zur Vermeidung von Härtefällen und zur Erleichterung des Wiedereinstieges in den Arbeitsmarkt, im Gesetz klargestellt werden, dass die einvernehmliche Auflösung eines Arbeitsverhältnisses im Konnex den Auswirkungen von COVID-19 nicht unter die Sanktion des § 9 Abs. 6 Z 1 NÖ-SAG fällt.

Auch sollten bei den zuerkannten Leistungen nach § 12 Abs. 8 NÖ-SAG Erleichterungen für die betroffenen Personen normiert werden:

Die Befristung bereits bescheidmäßig zuerkannter Leistungen soll bis 30. September 2020 eine Ablaufhemmung erhalten, sodass die Leistungen jedenfalls über den Sommer bezogen werden können. Schließlich haben manche Bevölkerungsschichten – aus welchen Gründen auch immer – nicht die Möglichkeit, Anträge online zu stellen und ist der Parteienverkehr derzeit bekanntlich praktisch eingestellt. Um hier Härten bei der Antragstellung zur Verlängerung der Leistungen zu vermeiden, ist diese Maßnahme rasch und unkompliziert – sowie ohne erheblichen organisatorischen Mehraufwand – umzusetzen.

Auch sollte die Beibringung der Unterlagen nach § 21 Abs. 5 und 6 NÖ-SAG generell erleichtert werden: Die geforderten Unterlagen und Nachweise sollen in einer im Bescheid festgesetzten Frist beigebracht werden, widrigenfalls die gesamte Leistung zurückgefordert und die laufende Leistung eingestellt werden kann.

Der Gefertigte stellt daher den

Antrag

Der Landtag wolle beschließen:

„1.) Der beiliegende Gesetzesentwurf zum NÖ Sozialhilfe-Ausführungsgesetz (NÖ-SAG) wird genehmigt.

2.) Die NÖ Landesregierung wird aufgefordert, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag samt Gesetzesentwurf dem Sozial-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.